



CVP-Strategie und Nationalrat Gerhard Pfister ruft die Mitte zu einer festen Zusammenarbeit auf. Gemeinsam könnten sich FDP und CVP profilieren und wichtige Abstimmungen gewinnen.

«FDP und CVP müssen ständiges Mitte-Komitee gründen»

DAVID SCHAFFNER

Die zweite Hälfte der Legislatur in Bundesbern droht eine Zeit der unheiligen Allianzen zu werden (siehe Kästchen). Wird es nun ungemütlich für die Mitte?

Gerhard Pfister: Das hängt stark davon ab, wie gut wir uns der Herausforderung stellen. Tatsächlich war die Abzocker-Initiative der Auftakt für eine Reihe von Anliegen, welche die Standortvorteile der Schweiz gefährden, die insbesondere der Mitte am Herzen liegen. Diese Angriffe müssen wir deshalb ernst nehmen, weil sie von links wie von rechts kommen. Als treibende Kraft steht zwar immer nur eine Partei dahinter, eine rechte oder eine linke. In der Basis der beiden Pole aber dürfte es

oft gemeinsame Sympathien geben und damit potenzielle Mehrheiten.

Wie kann sich die Mitte in dieser Situation am besten schlagen?

Pfister: Ich möchte die FDP dazu einladen, mit der CVP ein ständiges Mitte-Komitee zu gründen und dann jahrelang eine gemeinsame Kampagne für eine offene und liberale Wirtschaft zu führen. Mir schwebt eine feste Projektorganisation vor. Der Vorteil bestünde darin, dass wir in allen künftigen Abstimmungskämpfen auf eine Institution zurückgreifen können, welche im Volk einen hohen Wiedererkennungswert und eine hohe Glaubwürdigkeit hat. Natürlich wären auch BDP und GLP eingeladen, beim Projekt mitzumachen.

FDP-Nationalrat Ruedi Noser plant ebenfalls eine Plattform gegen

wirtschaftsfeindliche Initiativen, will aber die SVP mit ins Boot holen. Ist die SVP in ihren Augen denn nicht wirtschaftsfreundlich?

Pfister: Das Projekt Succèsuisse von Ruedi Noser ist an sich eine gute Sache, doch Noser droht einen taktischen Fehler zu machen. Die SVP sieht sich zwar als Wirtschaftspartei, mit ihrem Kampf gegen den freien Personenverkehr droht sie den Schweizer Firmen jedoch einen schweren Schaden beizufügen. Ist die SVP fest mit dabei, verliert die Plattform an Glaubwürdigkeit und kann nicht überall dort den Lead übernehmen, wo wir die Wirtschaft künftig verteidigen müssen.

CVP und FDP haben das Heu auch nicht immer auf der selben Bühne.

Abstimmungslawine Viele gemeinsame Sympathien an der linken und rechten Basis

Bern. Die kommenden Monate und Jahre sind gezeichnet von einer ganzen Flut von Initiativen, die populäre Themen behandeln und teilweise die linke wie auch die rechte Basis gleichsam ansprechen. Aus dem sozialdemokratisch-grünen Lager stammen Anliegen, die eine ausgeglichene Verteilung des Reichtums fordern. Aus dem konservativen Lager hingegen kommen Forderungen, welche die Einwanderung reduzieren sollen. Gleich mehrfach sieht sich die politische Mitte also mit einer Ausgangslage konfrontiert, die an jene

bei der Abzocker-Initiative erinnert: Gemeinsame Sympathien in der linken und rechten Basis machen ein Anliegen mehrheitsfähig, obwohl eine Mehrheit der nationalen Parteien die Nein-Parole beschliesst. Im Falle der Abzocker empfahl die SVP eine Ablehnung, trotzdem legten viele ihrer Wähler ein Ja ein – teilweise mit dem Segen der kantonalen Sektionen. 68 Prozent des Volks stimmten schliesslich zu. Am schwierigsten dürfte der Kampf für die Mitte künftig bei den Anliegen für eine tiefere Einwanderung werden sowie bei der 1:12-Initiative

und der Forderung nach einer «AHVplus». Die 1:12-Initiative stammt von den Jungsozialisten (Juso) und verlangt, dass die grösste Vergütung in einer Firma nicht mehr als zwölfmal höher sein darf als der tiefste Lohn. «Die 1:12-Initiative spricht eine ähnliche Klientel an wie die Abzocker-Initiative», erklärt der Politgeograph Michael Hermann. «Es sind dies einerseits die Linken, die insgesamt eine ausgeglichene Lohnverteilung wünschen. Und andererseits viele Konservative aus kleinbürgerlichen Milieus, die sich vor allem an



den hohen Managergehältern stossen.» Weil das Anliegen stärker in die Freiheit von Firmen eingreife als die Abzocker-Initiative, sei das Ja-Potenzial kleiner. Laut einer Umfrage liegt die Zustimmung aber doch bei knapp 50 Prozent. Eine ähnliche Ausgangslage – wenn

auch unter umgekehrten Vorzeichen – sieht Hermann bei den Einwanderungs-Initiativen, die von der SVP und der ökologisch-konservativen Ecopop stammen. «Während die Linke früher geschlossen für den freien Personenverkehr war, dürften ein Teil ihrer ökologischen und ge-

werkschaftlichen Basis nun dagegen sein.» Dies wegen der Zersiedelung und des Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt. Bei Anliegen zur Altersvorsorge schliesslich zeigten frühere Urnengänge, dass die rechte und die linke Basis ähnlich stimmten. (dav)